

chinesischen Läden sei bei Krawallen im Anschluss an prodemokratische Demonstrationen in Nuku'alofa zerstört worden, so wurde die Zahl später präzise mit 30 angegeben. Bis zum 22. November suchten ca. 100 ethnische Chinesen Schutz in der chinesischen Botschaft in der Hauptstadt Tongas. Einen Tag später hieß es einerseits, die chinesischen Geschäftsleute hätten teilweise ihre Geschäfte wieder eröffnet, würden jedoch die Nacht noch weiterhin in der Botschaft verbringen. Andererseits wurden am 23.11. auch 200 Chinesen aus Tonga evakuiert. Das chinesische Außenministerium hatte zu diesem Zweck einen Jet der Fluggesellschaft Air China gechartert. Die Ausschreitungen, denen mit Hilfe von 150 Soldaten und Polizisten aus Australien und Neuseeland Einhalt geboten worden war, lagen zu diesem Zeitpunkt bereits eine Woche zurück.

Insgesamt leben in Tonga etwa 4.000 Chinesen, 500 davon in der Hauptstadt Nuku'alofa. Obwohl nach chinesischer Darstellung teilweise schon seit Generationen in Tonga ansässig, hatte sich die Mehrzahl der Chinesen im Jahr 2000 in dem Pazifikstaat niedergelassen. Damals existierte ein Programm, mit dem Tonga Einbürgerungen gegen harte Währung durchführte, um auf diese Weise Devisen zu erhalten. (SCMP, 22., 23., 24.11.06; XNA, 17., 22., 23.11.06)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Hu Jintaos Doktrin der „Harmonischen Gesellschaft“

Das Zentralkomitee (ZK) der KPCh hielt vom 8. bis 11. Oktober 2006 seine sechste Plenarsitzung seit seiner Konstituierung auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 ab. An dem Plenum nahmen 347 Mitglieder teil.

Im Mittelpunkt stand als Weichenstellung für den nationalen Parteitag im Jahr 2007 die Doktrin der „Harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ (*shehuizhuyi hexie shehui*). Erstmals formuliert worden war das parteipolitische Konzept in der Resolution des XVI. Parteitags der KPCh im Jahr 2002. Nach einer näheren Definition anlässlich der ZK-Plenartagung im Jahr 2004 war es während der letztjährigen Plenarsitzung neben weiteren Leitbildern wie dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“ und der „eigenständigen Innovationen“ nur ein Bestandteil der parteipolitischen Prioritätensetzung (vgl. C.a., 6/2005, S.13-19). Im Verlauf dieses Jahres hatte sich eine Fokussierung bereits abgezeichnet (vgl. C.a., 2/2006, S.106-110; 4/2006, S.110-111). Mit der Verabschiedung einer Resolution zum Aufbau einer harmonischen sozialistischen Gesellschaft durch die Mitglieder des ZK erhob Staats- und Parteichef Hu Jintao das Konzept nun endgültig zu seiner eigenen Doktrin und damit zu seinem politischen Vermächtnis.

Erstmals wurden im ZK-Plenum da-

mit vorrangig soziale Problemstellungen diskutiert. In den acht Kapiteln des Abschlussdokuments werden Gründe für die Verbesserung der sozialen Harmonie, Leitlinien und die antizipierten Erfolge vorgestellt, bei denen es sich zumeist um bereits bekannte inhaltliche Komponenten handelt. Auch die Gültigkeit des Schlüsselbegriffs „Harmonie“ für ein breites politisches und sozioökonomisches Spektrum, wie sie in der Resolution erklärt wird, ist keine Neuerung des bekannten Konzepts. Neu ist allerdings die Festlegung des Zeithorizonts für den Aufbau der harmonischen Gesellschaft, der 15 Jahre umfassen wird. Die vorliegenden Leitlinien werden somit auch für die nachfolgende Führungsgeneration von Relevanz sein und dürften zudem dem nächsten Fünfjahresprogramm ab 2010 zu Grunde liegen.

Die Ziele, die mit Hilfe der neuen Leitlinie bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen, beinhalten erwartungsgemäß Fortschritte im sozialen, umwelt- und energiepolitischen sowie administrativen Bereich und lassen sich wie folgt kursorisch skizzieren: der Ausgleich des wachsenden Entwicklungsunterschieds zwischen Stadt und Land und zwischen verschiedenen Regionen, die Einführung eines Systems der Einkommensverteilung und eines sozialen Sicherungssystems für die städtische und ländliche Bevölkerung sowie eine hohe Beschäftigungsrate, eine effiziente Ressourcennutzung und eine Verbesserung der Umweltsituation sowie eine Optimierung des staatlichen Verwaltungs- und Dienstleistungssystems und des Rechtssystems.

Der koordinierten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie den Bedingungen für soziale Gleichheit und Gerech-

tigkeit sind Ausführungen in eigenen Kapiteln gewidmet, womit die volksnahe Politik der neuen Führungsgeneration unterstrichen wird. Zugleich kommt die „soziale Verantwortung“ der Bürger, Medien, Unternehmen und anderen Organisationen für die Verwirklichung einer harmonischen Gesellschaft zum Tragen.

Was die ideologischen und moralischen Grundlagen für eine harmonische, von Chancengleichheit geprägte Gesellschaft anbelangt, so wird in dem Abschlussdokument das „sozialistische Wertesystem“ zugrunde gelegt. Es besteht aus marxistischer Theorie, dem Ideal des Sozialismus chinesischer Prägung, positiven Werten wie Patriotismus, Reform- und Innovationsgeist sowie dem System der acht Ehren und acht Schanden, wie es während der Tagung des NVK im Frühjahr dieses Jahres vorgestellt worden war (C.a., 2/2006, S.51-59).

Während die führende Rolle der KP-Ch einerseits erneut als Motor der nationalen Entwicklung festgeschrieben wird, sieht die neue Führungsgeneration in dem Konzept andererseits einen Baustein für den Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung und einen Test für die Regierungsfähigkeit der Kommunistischen Partei, wie es im Schlusswort des Dokuments heißt.

Wie bereits bei der Darlegung der parteipolitischen Prioritäten während der letztjährigen ZK-Plenarsitzung blieb es mit der diesjährigen Resolution bei einer rhetorischen Formulierung, ohne konkrete Lösungsansätze zu geben. Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass es sich vornehmlich um eine Ausformulierung und schriftliche Fixierung der Doktrin Hu Jintaos handelt.

Hoffnungen verschiedener politischer

Kommentatoren auf Neubesetzungen von Politbüroposten im Zuge der Plenartagung erfüllten sich nicht. Der durch die Absetzung Chen Liangyus als Parteisekretär von Shanghai im September 2006 freigewordene Platz bleibt vorerst leer (C.a., 5/2006, S.103-106). Auch das durch den Skandal in Shanghai hochaktuelle Thema Korruption erhielt, nach allem was von den Konsultationen hinter verschlossenen Türen bekannt wurde, keinen exponierten Platz. (Xinhua, 18.10.06, nach PPC PF, 28.10.06; RMRB, 12.10.06; XNA, 11.10.06; FAZ, 12.10.06; NZZ, 13.10.06; DGB website, 9.10.06, nach BBC PF, 10.10.06; *Wen Wei Po*, 12.10.06, nach BBC PF, 13.10.06; SCMP, 13.10.06)

Korruptionsskandale im Gerichtssystem

Immer wieder werden vor allem Korruptionfälle von Funktionären in der Verwaltung und in der Wirtschaft bekannt (vgl. C.a., 4/2006, S.114-115, 5/2006, S.103-106). Im Oktober und November 2006 füllten nun Korruptionsskandale unter hochrangigem Gerichtspersonal die Medienberichte, was den ohnehin angeschlagenen Ruf des chinesischen Gerichtssystems zusätzlich schädigen dürfte.

Sowohl in der ostchinesischen Provinz Anhui als auch in der südchinesischen Sonderwirtschaftszone Shenzhen (Provinz Guangdong) machten sich mehrere Richter der jahrelangen Annahme von Bestechungsgeldern schuldig. Zwei von ihnen bearbeiteten Insolvenzanträge, die sich als besonders lukrative Einnahmequellen erweisen. Zu den Angeklagten gehören der Vizepräsident des Mittleren Volksgerichts,

Pei Hongquan, und seine geschiedene Ehefrau Li Huiliu, eine Verwaltungsdirektorin des Mittleren Volksgerichts, sowie zwei aktive und ein pensionierter Richter an Volkstribunalen in Shenzhen. Gemäß staatlicher Medien sind in den Korruptionsskandal 20 weitere Richter und Anwälte involviert.

In Anhui standen Ende Oktober ebenso zwei ehemalige Präsidenten von Mittleren Volksgerichten, Zhang Zimin und Shang Jun, sowie zwei weitere Richter wegen Korruption vor Gericht. In der regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin wurde im November dem ehemaligen Oberen Volksstaatsanwalt und stellvertretenden Polizeichef, Li Baojin, Bestechlichkeit durch Unternehmen und Veruntreuung von öffentlichen Geldern zur Last gelegt.

Untersuchungen im Shanghaier Skandal um den Missbrauch von Geldern des Rentenfonds und Immobilienspekulationen vom September 2006 wurden unterdessen fortgeführt (vgl. C.a., 5/2006, S.103-106). In diesem Zusammenhang wurde Mitte Oktober auch der Posten des Direktors des Nationalen Statistikamtes neu besetzt. Nach nur siebenmonatiger Amtszeit steht der frühere Direktor, Qiu Xiaohua, unter Verdacht, an dem Shanghaier Korruptionsskandal beteiligt zu sein.

Der offensive Kurs im parteistaatlichen Antikorruptionskampf wurde im Berichtszeitraum auch auf anderen Ebenen unbeirrt fortgeführt. Der Oberste Volksstaatsanwalt, Jia Chunwang, wurde Ende Oktober zum Vorsitzenden der Internationalen Vereinigung von Antikorruptionsbehörden gewählt. Diese soll an der Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption aus dem Jahr 2003 mitwirken.

Am 31. Oktober verabschiedete der

Ständige Ausschuss des NVK das erste Geldwäschegesetz, das am 1. Januar 2007 in Kraft treten wird. Der Tatbestand der Geldwäsche wird per Definition durch Annahme von Bestechungsgeldern, finanziellen Betrug und durch Finanztransaktionen mit illegalem Geld aus dem Drogengeschäft, dem organisierten Verbrechen und zur Finanzierung von Terrorismus erfüllt. Doch nicht nur das Einschleusen illegalen Geldes in den Finanzkreislauf steht durch das neue Gesetz unter Strafe. Auch Finanzinstitutionen, die verdächtige Finanztransaktionen nicht melden und die Identität ihrer Klienten nicht überprüfen, können mit einer Geldstrafe zwischen 500.000 CYN und 5 Mio. CYN belegt werden. Das Geldwäschegesetz ermächtigt die Zentralbank, Finanzinstitutionen zu kontrollieren. Nach Aussagen der Zentralbank sind 533 Verdachtsfälle mit einem Finanzvolumen von 79.35 Mio. CYN im Jahr 2005 gemeldet worden. (SCMP, 13., 19., 25.10., 1., 8., 30.11.06; XNA, 27.10., 2., 10.11.06; WSJ, 31.10., 8.11.06; Xinhua, 31.10.06, nach BBC PF, 4.11.06; FT, 1.11.06)

Neuer Erlass zu Todesstrafen

Zwei Jahre nachdem Gesetzgebungspläne zu verbesserten Berufungsverfahren bei Todesstrafen bekannt geworden waren (vgl. C.a., 11/2004, Ü12; 2/2005, Ü16), wurde nun am 31. Oktober 2006 die entsprechende Gesetzesänderung erlassen.

Ab dem 1. Januar 2007 werden alle Todesurteile regulär vom Obersten Volksgerichtshof überprüft, um die willkürliche Anwendung der Todesstrafe auf Provinzebene einzuschränken. Dazu soll die Anzahl

der prüfenden Richter auf 100 verdoppelt werden, die für ihre Arbeit drei neue Strafgerichtshöfe am Obersten Volksgericht erhalten werden.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren seit langem, dass die Befugnis zur Verhängung der Todesstrafe im Jahr 1983 für Provinzgerichte ausgeweitet worden war, weil sie damit die steigende Zahl von Todesstrafen in Verbindung bringen.

Xiao Yang, Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, sprach sich anlässlich einer nationalen Strafrechtskonferenz gegenüber Medienvertretern sogar dafür aus, die Todesstrafe nur noch bei einer „extrem geringen“ Anzahl von schwerwiegenden Straftaten auszusprechen und im Falle der Wahlmöglichkeit, eine Haftstrafe zu bevorzugen. Einzeln benannt wurden diese schwerwiegenden Straftaten jedoch nicht.

Der juristische Handlungsspielraum zur Verhängung von Todesstrafen war bereits Ende September d.J. eingegrenzt worden, als angeordnet wurde, Berufungsverhandlungen gegen Todesurteile nicht mehr nur nach Aktenlage, sondern öffentlich zu führen. (WSJ, 31.10., 2., 9.11.06; ST, 20.11.06; FAZ, 10.11.06; XNA, 25.9., 2., 8.11.06; SCMP, 28.10.06)

Interne Kritik an Folterpraxis

Xinhua meldete Ende November 2006, dass der stellvertretende Oberste Staatsanwalt, Wang Zhenchuan, die gängige Folterpraxis in Rechtsverfahren der VR China kritisierte.

Nahezu jedes Fehlurteil der letzten Jahre stehe im Zusammenhang mit illegalen Befragungstechniken, so Wangs Einschät-

zung. China registriere pro Jahr ca. 30 solcher Fälle, bei denen Geständnisse nach Folterungen oder in Beugehaft erbracht wurden. Die Dunkelziffer dürfe weit höher liegen. Folterpraktiken, von denen ehemalige Häftlinge berichten, sind z.B. Kälte- und Hitzeschocks und Stromschläge.

Wangs Kritik ist als Bestandteil der Kampagne der Obersten Volksstaatsanwaltschaft zu sehen, die Fälle von illegalen Befragungstechniken zu verringern. Dazu war im März d.J. bereits eine Bestimmung herausgegeben worden, Befragungen bei Schwerverbrechen wie Mord mit Video- und Tonbandaufnahmen zu dokumentieren.

Der Sonderbeauftragte der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zum Thema Folter, Manfred Nowak, hatte die chinesische Regierung im November 2005 zwar vom Vorwurf der systematischen Folter entlastet, die Verbreitung von Folterpraktiken im chinesischen Justizsystem allerdings beklagt (C.a., 6/2005, Dok13). Er machte dafür vor allem die Tatsache verantwortlich, dass das chinesische Justizsystem großteils auf Geständnissen basiere, vor allem bei Verdachtsfällen in ländlichen Gebieten und bei politischen Gefangenen. Laut Nowak stehe die Polizei deshalb unter enormem Druck, Geständnisse zu erwirken.

Angesichts dieser Analyse, die von weiteren ausländischen Rechtsexperten geteilt wird, stellt sich die Frage, ob sich durch derartige hochrangige interne Kritik oder punktuelle Bestimmungen das Problem vollständig lösen lassen kann. Kritik scheint zudem nur von Insidern des Systems wie dem stellvertretenden Obersten Volksstaatsanwalt toleriert zu werden. Ähn-

liche Kritik an polizeilicher Gewalt durch den prominenten Anwalt Gao Zhisheng wurde im Oktober d.J. mit seiner Inhaftierung beantwortet. (XNA; 20.11.06; SCMP; 21.11.06; ST, 21.11.06; WSJ, 13.10.06)

Proteste in Guangdong und Sichuan

Im Oktober bis November 2006 waren der internationalen und auch der Hongkonger Berichterstattung abermals Meldungen zu gesellschaftlichen Konflikten im ländlichen China zu entnehmen. Zwei davon sollen im Folgenden stellvertretend skizziert werden.

Einige Dorfbewohner von Dongzhou nahe der Kreisstadt Shanwei in der südchinesischen Provinz Guangdong standen erneut im Zentrum medialer Berichterstattung. Das Dorf hatte bereits im Dezember vergangenen Jahres als Hort gesellschaftlicher Proteste Schlagzeilen gemacht, weil es zu gewaltsamen Konflikten gekommen war (vgl. C.a., 1/2006, S.109-111).

Zu den neuerlichen Zusammenstößen zwischen der Dorfbewölkerung und Sicherheitskräften war es gekommen, nachdem die Freilassung eines verhafteten Dorfbewohners mit Hilfe von Geiseln erzwungen werden sollte. Am 9. November nahmen lokale Sicherheitskräfte den Bauern Chen Jian in Gewahrsam, der im Dorf Banner mit Antikorruptionsslogans aufgehängt haben soll und gegen die Landnahme der lokalen Behörden protestiert habe. Zwei bis drei weitere Dorfbewohner wurden ebenfalls verhaftet.

Medienberichten zufolge sollen Dorfbewohner nach erfolglosen Verhandlungen und Protestaktionen daraufhin acht Funk-

tionäre sieben Tage in einem Tempel eingesperrt haben, um Chens Freilassung zu erzwingen. Sicherheitskräfte sollen die Geiseln gewaltsam befreit haben. Wegen der Abriegelung des Dorfes von der Außenwelt sind bis Ende November keine Einzelheiten über den weiteren Verlauf, z.B. über die Freilassung des Bauern Chen, der die Geiselnahme ins Rollen gebracht hatte, bekannt geworden.

Während im ersten Fall Landnahme und Korruption die auslösenden Faktoren für Protestaktionen waren, soll sich der Zorn von Bewohnern des Dorfes Guangan in der südwestchinesischen Provinz Sichuan gegen Missstände in der medizinischen Versorgung gerichtet haben. Über die Hintergründe der Proteste kursieren jedoch unterschiedliche Versionen.

So soll es zu Zusammenstößen von mehreren Tausend Dorfbewohnern und Sicherheitskräften gekommen sein, weil die Familie eines vierjährigen Jungen nicht in der Lage gewesen sei, Gebühren für eine lebensnotwendige medizinische Behandlung zu bezahlen, diese deshalb versagt worden sei und der Junge daraufhin gestorben sei. Auch seien Schmerzensgeldforderungen nach dem Tod des Jungen nicht in der erwünschten Höhe entsprochen worden. Nach einem konträren offiziellen Untersuchungsbericht chinesischer Behörden sei die Behandlung erfolgt, der Junge aber wegen der Schwere der Vergiftung gestorben.

Bislang ist nicht nachzuvollziehen, ob sich die Proteste an antizipierter Benachteiligung armer Dorfbewohner entzündet haben oder an tatsächlicher Benachteiligung. Das Ereignis gibt in jedem Fall ein Beispiel dafür, welches Konfliktpotenzial in der unzureichenden und ungleichen medi-

zinischen Versorgung der ländlichen Bevölkerung steckt (zum Problem der medizinischen Versorgung siehe auch Dokumentation in der Rubrik „Gesellschaft“).

Ebenfalls im November meldete Xinhua, dass sich chinesische Polizeibehörden über Personalmangel in den ländlichen Gebieten beschwert hätten, wo Konflikte immer häufiger in Gewalt ausarteten. Inzwischen sollen landesweit auf Dorfebene 30.000 neue Polizeistationen eingerichtet und nahezu 70.000 Sicherheitskräfte in ländlichen Gebieten stationiert worden sein.

Bao Suixian, stellvertretender Direktor des Verwaltungsamtes für öffentliche Sicherheit, das dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit zugeordnet ist, bestätigte in einer Pressekonferenz den notwendigen Ausbau der Polizeipräsenz in ländlichen Gebieten. Das Ministerium plane deshalb, in jedem der 700.000 Dörfer eine Polizeistation einzurichten. Da die Kriminalitätsrate in ländlichen Gebieten staatlichen Angaben zufolge stetig sinkt, bleiben als Begründung für das zusätzliche Sicherheitspersonal nur die Eindämmung der zahlreichen lokal begrenzten gesellschaftlichen Proteste. (ST, 18.11.06; SCMP, 13., 20., 21.11.06, MB website, 18.11.06, nach BBC PF, 19.11.06; XNA, 14.11.06)

Juristischer Erfolg und Misserfolg für verurteilte Aktivisten

Von zahlreichen ausländischen Medienberichten flankiert, wurden im Oktober und November 2006 einerseits die Ablehnung eines Revisionsverfahrens eines prominenten Journalisten und andererseits die Neu-

aufnahme eines Prozesses gegen einen Aktivist bekannt.

Der Hongkonger China-Korrespondent Ching Cheong, der für die *Singapurer Straits Times* tätig war, konnte seine Berufungsklage nicht durchbringen und keine Urteilsrevision oder Wiederaufnahme des Verfahrens erwirken. Ende November lehnte es das Oberste Volksgericht in Beijing nach einer fünfzehnminütigen Anhörung ab, seine Verurteilung zu fünf Jahren Freiheitsentzug wegen Spionage für Taiwan in Frage zu stellen (C.a., 5/2006, S.83-90). Die Argumente der Verteidigung, denen zufolge Ching unwissentlich und unangefordert Dokumente an eine taiwanische Spionageorganisation weitergegeben habe, fanden kein Gehör. In einem nächsten Schritt werde nun die Freilassung aufgrund gesundheitlicher Probleme oder eine Verlegung in ein südchinesisches Gefängnis in der Nähe seiner Familie in Hongkong angestrebt, wie Chings Anwalt, He Peihua, bekannt gab.

Der, wie Medienberichte immer wieder betonen, „blinde“ Aktivist Chen Guangcheng, war mit seiner Berufungsklage erfolgreicher. Chen war im August 2006 von einem Gericht in der Stadt Linyi, Kreis Yinan (Provinz Shandong), zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt worden. In der Urteilsbegründung hieß es, er habe Verkehrsbehinderungen organisiert und öffentliches Eigentum beschädigt (C.a., 5/2006, S.109-110). Dies fand während lokaler Proteste gegen seine Verhaftung statt. Seine Anwälte sehen hinter der Verurteilung vielmehr politische als juristische Gründe. So habe Chen im Vorfeld Funktionäre in Linyi zur Verantwortung ziehen wollen, weil sie Tausende

Frauen zur Sterilisation und Abtreibung bis zum achten Schwangerschaftsmonat gezwungen hätten. Derartige Vorgehensweisen waren Ende 2005 sogar in einem Untersuchungsbericht der Nationalen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung bestätigt worden. Ein höheres Gericht erklärte das Urteil aufgrund „unzureichender Beweisführung und eines unfairen Prozesses“ für nichtig. Es gab dem Kreisgericht von Yinan sechs Wochen Zeit für eine Neuaufnahme des Verfahrens mit den vorliegenden Beweisen oder eine neue Beweisaufnahme, wie einer seiner Anwälte erklärte.

Einige Kommentatoren sehen internationale Proteste als Einflussfaktor auf die Wiederaufnahme von Chens Verfahren. Demnach haben sich über 50 bekannte China-Kenner und -Wissenschaftler wie Jerome Cohen vom US-amerikanischen Council of Foreign Relations, Roderick MacFarquhar von der Harvard Universität und Michael Yahuda von der London School of Economics Ende September in einem offenen Brief an Staatpräsident Hu Jintao gewandt. Darin drängten die Autoren die Parteiführung, den Schutz von Zivilrechten von „Anwälten der sozialen Gerechtigkeit“ wahren zu lassen. Der Brief wurde auf der Website der Organisation Human Rights Watch veröffentlicht. In ihrer Kritik nahmen die Absender Bezug auf die aktuellen Repressalien gegen den Anwalt Gao Zhisheng (siehe vorangegangene Dokumentation), den Aktivist Chen Guangcheng, den Journalisten Zhao Yan (C.a., 5/2006, S.109-110) und den AIDS-Aktivisten Hu Jia (vgl. C.a., 2/2006, S.112-113).

Bei den vier genannten Personen ist

lediglich im Falle Chen Guangchengs eine Urteilsrevision bekannt. Doch auch da ist fragwürdig, ob der Protestbrief derartig großen Einfluss gehabt hat, oder ob hier nicht eher interne Kritik an der lokalen Willfährigkeit ausschlaggebend war. (SCMP; 2., 24., 25.11.06; ST, 5.10., 21., 25., 27.11.06; WSJ, 3., 31.10., 3.11.06; FT, 2.11.06; www.hrw.org, 3.10.06)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Neues Weißbuch zu Raumfahrtaktivitäten

Seit 50 Jahren ist die VR China in der Raumfahrt aktiv. Zu diesem Anlass gab das Informationsbüro des Staatsrats am 12. Oktober 2006 das zweite Weißbuch mit dem Titel *China's Space Activities in 2006* heraus. Das erste Weißbuch war im Jahr 2000 erschienen.

In dem Dokument werden rückblickend auf die vergangenen fünf Jahre Entwicklungen in der chinesischen Raumfahrt aufgezeigt und Zielsetzungen für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus vorgestellt. Insbesondere bei den Zukunftsplänen wird die Einbettung der chinesischen Raumfahrtindustrie in das 11. Fünfjahresprogramm und die „Nationalen Richtlinien für mittel- und langfristige Pläne für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung 2006-2020“ deutlich (vgl. C.a., 1/2006:115-116). Dabei steht der anvisierte Beitrag zur Strategie eigenständiger, auslandsunabhängiger Innovationen für eine internationale Spitzenpositionierung im

Vordergrund.

Bei der Zielsetzung des chinesischen Raumfahrtprogramms wird der Blick somit nach außen und nach innen gerichtet. Während die Autoren immer wieder auf die friedliche Mission der chinesischen Raumfahrt und ihren Beitrag zur Entwicklung eines Raumfahrtprogramms für die ganze Menschheit hinweisen, ändert sich der Tenor im nachfolgenden Kapitel „Ziele und Prinzipien der Entwicklung“. Dort wird der strategische Nutzen der Raumfahrt für China in einer Steigerung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Stärke sowie für die nationale Verteidigung gesehen.

Der internationalen Raumfahrtkooperation wird in dem neuen Weißbuch erneut ein eigenes Kapitel gewidmet. Darin werden erfolgreiche Gemeinschaftsprojekte ausführlich vorgestellt und künftige detailliert aufgeführt. Im letzten Weißbuch war dieses Kapitel deutlich oberflächlicher und allgemeiner behandelt worden. Wie dem jüngsten Dokument zu entnehmen ist, dürfte die internationale Zusammenarbeit ebenfalls primär dem übergeordneten Ziel der technologischen Unabhängigkeit durch eigenständige Innovationen dienen. Dies habe nach Meinung der Autoren im Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre beim Aufbau eines eigenen Raumfahrtprogramms bereits erfolgreich umgesetzt werden können.

Zu den wichtigsten Projekten, die bereits verfolgt werden oder zukünftig verwirklicht werden sollen, zählen die Entwicklung neuer Trägerraketen, eines hochauflösenden Erdbeobachtungssystems, eines Bodensystems für Fernerkundungssatelliten, geostationärer Telekommunikati-